

Bundesgesetzblatt ²⁰⁶¹

Teil I

Z 5702 A

1987

Ausgegeben zu Bonn am 15. August 1987

Nr. 41

Tag	Inhalt	Seite
6. 8. 87	Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 1987 (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 – BBVAnpG 87) <small>neu: 2032-12-14; 2032-1, 2032-1-10, 2032-1-11-3, 2032-12-13, 2032-1, 2030-25, 2032-19, 53-4</small>	2062
6. 8. 87	Achtes Gesetz zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes <small>53-4</small>	2078
5. 8. 87	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein, ihre Ausdehnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen und zur Änderung weiterer Vorschriften <small>9503-13, 9503-14, 9501-41, 9501-42</small>	2081
28. 7. 87	Bekanntmachung zu § 35 Abs. 4 des Warenzeichengesetzes <small>423-1-9</small>	2083
30. 7. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der in Artikel 11 Abs. 1 des Zweiten Seerechtsänderungsgesetzes genannten Vorschriften <small>4100-1, 4103-1, 310-4, 4101-1, 940-9, 9516-1, 4101-5, 4101-3-1</small>	2083
30. 7. 87	Bekanntmachung über das Inkrafttreten der Seerechtlichen Verteilungsordnung <small>311-11, 311-4, 368-1, 311-7</small>	2083
5. 8. 87	Bekanntmachung des Termins der Ausgabe der Gedenkmünze 750-Jahr-Feier Berlins im Bundesgebiet <small>691-15-1</small>	2084

**Gesetz
über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen
in Bund und Ländern 1987
(Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 1987 – BBVAnpG 87)**

Vom 6. August 1987

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Anpassung von Dienst- und
Versorgungsbezügen in Bund und Ländern

§ 1

An die Stelle der Anlagen IV bis IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1553, 1666), das durch das Gesetz vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2542) geändert wurde, treten die Anlagen 1 bis 6 dieses Gesetzes.

§ 2

(1) Um 3,4 vom Hundert werden erhöht die

1. Grundgehaltssätze (Gehaltssätze)
 - a) in den fortgeltenden Besoldungsordnungen und Besoldungsgruppen der Hochschullehrer,
 - b) in den Regelungen über künftig wegfallende Ämter,
 - c) in Zwischenbesoldungsgruppen der Besoldungsordnungen der Länder,
2. a) Zuschüsse zum Grundgehalt nach Anlage II (Bundesbesoldungsordnung C) Vorbemerkung Nummern 1 und 2, die in festen Beträgen festgesetzt sind,
- b) Höchstbeträge für Sondergrundgehälter und Zuschüsse zum Grundgehalt sowie festgesetzte Sondergrundgehälter und Zuschüsse nach fortgeltenden Besoldungsordnungen der Hochschullehrer,
3. Amtszulagen in Landesbesoldungsordnungen, Überleitungsvorschriften oder Regelungen über künftig wegfallende Ämter.

(2) Soweit in landesrechtlichen Vorschriften, die nach Maßgabe des Artikels IX des Zweiten Gesetzes zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Ländern fortgelten, besondere Grundgehaltssätze (Gehaltssätze, einheitliche Gehaltssätze für die Wahrnehmung mehrerer Ämter) festgelegt sind, werden diese um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht. Dies gilt auch für die Regelungen über Rahmensätze, Höchstbeträge und Mittelbeträge oder entsprechende Begrenzungen sowie für die auf Grund dieser Regelungen festgesetzten Grundgehaltssätze (Gehaltssätze).

(3) Festgehälter, Zuschüsse zum Grundgehalt und Amtszulagen werden mit auf volle Pfennige aufgerundeten Beträgen festgesetzt. Die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) in den Besoldungsgruppen für Hochschullehrer, in Zwischenbesoldungsgruppen und anderen Besoldungsgruppen mit aufsteigenden Gehältern werden in der Weise festgesetzt, daß das Endgrundgehalt auf volle Pfennigbeträge aufgerundet wird und die übrigen Grundgehaltssätze durch den Abzug eines einheitlichen Unterschiedsbetrages zwischen den Dienstaltersstufen ermittelt werden, der um den in Absatz 1 genannten Vomhundertsatz erhöht und auf volle Pfennigbeträge abgerundet worden ist. Soweit für Zwischenbesoldungsgruppen mehrere der Höhe nach unterschiedliche Unterschiedsbeträge zwischen den Dienstaltersstufen bestehen, ist entsprechend zu verfahren.

§ 3

(1) Die Sätze der Mehrarbeitsvergütung nach § 4 Abs. 1 und 3 der Verordnung über die Gewährung von Mehrarbeitsvergütung für Beamte in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Juli 1977 (BGBl. I S. 1107), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. April 1986 (BGBl. I S. 575), werden um 3,4 vom Hundert erhöht und auf volle 10 Pfennige aufgerundet.

(2) Die Sätze der Erschwerniszulagen nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 8 Abs. 1 und 2 sowie § 23 c der Erschwerniszulagenverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1987 (BGBl. I S. 762) werden um 3,4 vom Hundert erhöht und auf volle 10 Pfennige aufgerundet.

(3) Der Bundesminister des Innern kann die sich nach den Absätzen 1 und 2 ergebenden neuen Sätze bekanntmachen.

§ 4

(1) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt der Besoldungsordnungen des Bundesbesoldungsgesetzes zugrunde liegt, treten an die Stelle der Sätze der Grundgehälter in der Anlage 1 des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1986 vom 21. Juli 1986 (BGBl. I S. 1072) die Sätze in der Anlage 1 dieses Gesetzes.

(2) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) im Sinne des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und 2, Abs. 2 zugrunde liegt, treten an die Stelle der bisherigen Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) die nach § 2 erhöhten Sätze.

(3) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen ein Grundgehalt (Gehalt) nach einer früheren Besoldungsregelung zugrunde liegt, werden die Grundgehaltssätze (Gehaltssätze) sowie die ruhegehaltfähigen Zulagen im Gesetz über die Amtsbezüge der Richter und Staatsanwälte des Landes Hessen vom 4. März 1970 (Gesetz- und Verordnungsblatt 1 S. 201) in der Fassung des Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 1986 um den in § 2 Abs. 1 genannten Vorphundertatz erhöht. An die Stelle der Sätze des Ortszuschlages in der Anlage 2 des in Satz 1 genannten Gesetzes treten die Sätze der Anlage 2 dieses Gesetzes.

(4) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen eine Grundvergütung sowie ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, wird die Grundvergütung um den in § 2 Abs. 1 genannten Vorphundertatz erhöht.

(5) Bei Versorgungsempfängern, deren Versorgungsbezügen Amtszulagen nach dem Bundesbesoldungsgesetz zugrunde liegen, treten an die Stelle der Sätze der Amtszulagen die Sätze in der Anlage IX des Bundesbesoldungsgesetzes in der Fassung der Anlage 6 dieses Gesetzes. Soweit den Versorgungsbezügen Amtszulagen zugrunde liegen, die nicht in dieser Anlage aufgeführt sind, werden diese um 3,4 vom Hundert erhöht.

(6) Versorgungsbezüge, deren Berechnung ein Ortszuschlag nach dem Bundesbesoldungsgesetz nicht zugrunde liegt, und Versorgungsbezüge, die in festen Beträgen festgesetzt sind, werden um 3,3 vom Hundert erhöht.

Artikel 2

Sonstige Änderungen des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Bundesbesoldungsgesetz in der in Artikel 1 § 1 bezeichneten Fassung wird wie folgt geändert:

1. Nach § 17 wird folgender § 17 a eingefügt:

„§ 17 a Zahlungsweise

Für die Zahlung der Besoldung nach § 1 Abs. 2 und 3 und von Aufwandsentschädigungen nach § 17 hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto im Inland anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt der Dienstherr, die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann.“

2. In § 27 Abs. 1 Satz 2 werden die Worte „um die Dienstalterszulage“ gestrichen.

3. § 42 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 3 werden nach Satz 1 folgende Sätze 2 bis 4 eingefügt:

„Wird dem Beamten, Richter oder Soldaten vorübergehend eine andere Funktion übertragen, die zur Herbeiführung eines im besonderen öffentlichen Interesse liegenden unaufschiebbaren und zeitgebundenen Ergebnisses im Inland wahrgenommen werden muß, wird für die Dauer ihrer Wahrnehmung die Stellenzulage weiter gewährt. Daneben wird eine Stellenzulage für diese andere Funktion nur in der Höhe des Mehrbetrages gewährt. Die Entscheidung, ob die Voraussetzungen des Satzes 2 vorliegen, trifft die oberste Dienstbehörde im Einvernehmen mit dem für das Besoldungsrecht zuständigen Minister.“

b) Der bisherige Absatz 3 Satz 2 wird Absatz 4 und erhält folgende Fassung:

„(4) Die Stellenzulagen sind widerruflich und nur ruhegehaltfähig, wenn dies gesetzlich bestimmt ist.“

c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 5.

4. Die Anlage III (Bundesbesoldungsordnung R) wird wie folgt geändert:

a) In Besoldungsgruppe R 3 wird nach der Amtsbezeichnung „Vizepräsident des Oberverwaltungsgerichts (Verwaltungsgerichtshof) ³⁾“ die Amtsbezeichnung „Vizepräsident des Verwaltungsgerichts ²⁾“ eingefügt.

b) In Besoldungsgruppe R 4 wird bei der Amtsbezeichnung „Präsident des Verwaltungsgerichts“ der Fußnotenhinweis „²⁾“ durch den Fußnotenhinweis „¹⁾“ ersetzt.

c) In Besoldungsgruppe R 5 wird nach der Amtsbezeichnung „Präsident des Oberverwaltungsgerichts ²⁾“ die Amtsbezeichnung „Präsident des Verwaltungsgerichts ¹⁾“ eingefügt.

5. In der Anlage IX (Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen) wird bei den Bundesbesoldungsordnungen A und B die Zeile „B 9 3 450,00“ gestrichen.

Artikel 3

Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes

Das Beamtenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Februar 1987 (BGBl. I S. 570, 1339) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Ist der Beamte nach § 45 des Bundesbeamtengesetzes oder dem entsprechenden Landesrecht erneut in das Beamtenverhältnis berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehaltes zugrunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zugrunde liegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zugrunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt.“
2. In § 49 wird nach Absatz 6 folgender Absatz 7 angefügt:

„(7) Für die Zahlung der Versorgungsbezüge hat der Empfänger auf Verlangen der zuständigen Behörde ein Konto anzugeben oder einzurichten, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt die die Versorgungsbezüge zahlende Stelle; bei einer Überweisung der Versorgungsbezüge auf ein im Ausland geführtes Konto trägt der Versorgungsempfänger die Kosten und die Gefahr der Übermittlung der Versorgungsbezüge sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grund nicht zugemutet werden kann.“
3. In § 69 Abs. 2 wird der Punkt durch ein Komma ersetzt und folgender Halbsatz angefügt:

„wobei § 38 Abs. 4 Satz 3 und § 38 Abs. 5 anzuwenden sind.“

Artikel 4

Änderung des Dritten Gesetzes zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes vom 19. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2542) wird wie folgt geändert:

1. Artikel 2 § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 2 erhält folgende Fassung:

„Die Ämter „Hochschulassistent“ in der Besoldungsgruppe C 1 und „Professor (soweit an wissenschaftlichen Hochschulen)“ in der Besoldungsgruppe C 2 in der bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Fassung der Bundesbesoldungsordnung C, letzteres mit der Amtsbezeichnung „Universitätsprofessor“ oder „Professor an einer wissenschaftlichen Hochschule“, können bis zum Inkrafttreten des nach § 72 Abs. 1 Satz 2 des Hochschulrahmengesetzes in der Fassung des Drit-

ten Gesetzes zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes vom 14. November 1985 (BGBl. I S. 2090) erlassenen Gesetzes verliehen werden.“

- b) Der bisherige Satz 3 wird Absatz 4.
2. Artikel 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 2 werden die Worte „1. Oktober 1986“ durch die Worte „31. Dezember 1985“ ersetzt.
 - b) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Für die früheren Beamten, früheren Ruhestandsbeamten und ihre Hinterbliebenen, die am 1. Januar 1987 vorhanden sind, gilt § 38 Abs. 4 Satz 3 des Beamtenversorgungsgesetzes in der vor diesem Zeitpunkt geltenden Fassung weiterhin, sofern sich dadurch für den Versorgungsempfänger eine höhere Versorgung ergibt.“

Artikel 5

Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

(1) Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842) wird wie folgt geändert:

1. Im Fünften Teil der Inhaltsübersicht wird die Nummer 5 wie folgt gefaßt:

„5. Benennung eines Kontos 93“.
2. Dem § 25 Abs. 1 wird folgender Satz angefügt:

„Ist der Berufssoldat nach § 51 Abs. 4 des Soldatengesetzes erneut in das Dienstverhältnis eines Berufssoldaten berufen worden, so wird eine der Berechnung des früheren Ruhegehaltes zugrunde gelegene Zurechnungszeit insoweit berücksichtigt, als die Zahl der dem neuen Ruhegehalt zugrunde liegenden Dienstjahre hinter der Zahl der dem früheren Ruhegehalt zugrunde gelegenen Dienstjahre zurückbleibt.“
3. Nach § 92 werden folgende Überschrift und folgender § 93 angefügt:

„5. Benennung eines Kontos

§ 93

Die Zahlung von Leistungen nach diesem Gesetz kann davon abhängig gemacht werden, daß der Empfänger ein Konto im Bundesgebiet einschließlich des Landes Berlin benennt, auf das die Überweisung erfolgen kann. Die Übermittlungskosten mit Ausnahme der Kosten für die Gutschrift auf dem Konto des Empfängers trägt die zahlende Stelle; bei einer Überweisung der Leistungen auf ein im Ausland geführtes Konto trägt der Empfänger die Kosten und die Gefahr der Übermittlung sowie die Kosten einer Meldung nach § 59 der Außenwirtschaftsverordnung in der jeweils geltenden Fassung. Die Kontoeinrichtungs-, Kontoführungs- oder Buchungsgebühren trägt der Empfänger. Eine Auszahlung auf andere Weise kann nur zugestanden werden, wenn dem Empfänger die Einrichtung oder Benutzung eines Kontos aus wichtigem Grunde nicht zugemutet werden kann.“

- (2) Absatz 1 gilt nicht im Land Berlin.

Artikel 6

Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 1

Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang

Die auf Artikel 1 § 3 beruhenden Teile der dort geänderten Verordnungen können auf Grund der Ermächtigung der §§ 47 und 48 Abs. 1 des Bundesbesoldungsgesetzes in Verbindung mit dieser Vorschrift durch Verordnung geändert werden.

§ 2

Überleitung von Richtern

Präsidenten und Vizepräsidenten des Verwaltungsgerichts, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes die Voraussetzungen des Artikels 2 Nr. 4 erfüllen, sind in das neue Amt übergeleitet.

§ 3

Geltung der Vorschriften über die Zahlungsweise

Durch Artikel 2 Nr. 1 und Artikel 3 Nr. 2 werden bestehende Regelungen im Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen nicht berührt.

§ 4

Berlin-Klausel

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 5

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft. Abweichend von Satz 1 tritt Artikel 2 Nr. 3 mit Wirkung vom 1. September 1986 in Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 6. August 1987

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Wallmann

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Der Bundesminister der Justiz
Engelhard

Der Bundesminister der Verteidigung
Wörner

Anlage 1

(Anlage IV des BBesG)

Grundgehaltssätze
(Monatsbeträge in DM)**1. Bundesbesoldungsordnung A**

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
A 1	II	1 082,86	1 118,68	1 154,50	1 190,32	1 226,14	1 261,96	1 297,78
A 2		1 147,00	1 182,82	1 218,64	1 254,46	1 290,28	1 326,10	1 361,92
A 3		1 228,80	1 266,64	1 304,48	1 342,32	1 380,16	1 418,00	1 455,84
A 4		1 275,32	1 319,10	1 362,88	1 406,66	1 450,44	1 494,22	1 538,00
A 5		1 320,04	1 369,96	1 419,88	1 469,80	1 519,72	1 569,64	1 619,56
A 6		1 397,81	1 449,55	1 501,29	1 553,03	1 604,77	1 656,51	1 708,25
A 7		1 510,34	1 562,08	1 613,82	1 665,56	1 717,30	1 769,04	1 820,78
A 8		1 581,67	1 645,45	1 709,23	1 773,01	1 836,79	1 901,14	1 968,12
A 9	I c	1 767,20	1 833,01	1 901,58	1 970,70	2 041,10	2 117,81	2 194,52
A 10		1 935,08	2 030,39	2 125,70	2 221,01	2 316,32	2 411,63	2 506,94
A 11		2 254,56	2 352,21	2 449,86	2 547,51	2 645,16	2 742,81	2 840,46
A 12		2 455,62	2 572,05	2 688,48	2 804,91	2 921,34	3 037,77	3 154,20
A 13	I b	2 782,19	2 907,91	3 033,63	3 159,35	3 285,07	3 410,79	3 536,51
A 14		2 863,85	3 026,86	3 189,87	3 352,88	3 515,89	3 678,90	3 841,91
A 15		3 229,09	3 408,30	3 587,51	3 766,72	3 945,93	4 125,14	4 304,35
A 16		3 588,95	3 796,22	4 003,49	4 210,76	4 418,03	4 625,30	4 832,57

8	9	10	11	12	13	14	15
1 333,60	1 369,42						
1 397,74	1 433,56	1 469,38					
1 493,68	1 531,52	1 569,36					
1 581,78	1 625,56	1 669,34					
1 669,48	1 719,40	1 769,32					
1 759,99	1 811,73	1 863,47	1 916,47				
1 872,52	1 926,03	1 980,36	2 034,69	2 091,04	2 151,37		
2 035,10	2 105,54	2 179,90	2 254,26	2 328,62	2 402,98		
2 271,23	2 347,94	2 424,65	2 501,36	2 578,07	2 654,78		
2 602,25	2 697,56	2 792,87	2 888,18	2 983,49	3 078,80		
2 938,11	3 035,76	3 133,41	3 231,06	3 328,71	3 426,36	3 524,01	
3 270,63	3 387,06	3 503,49	3 619,92	3 736,35	3 852,78	3 969,21	
3 662,23	3 787,95	3 913,67	4 039,39	4 165,11	4 290,83	4 416,55	
4 004,92	4 167,93	4 330,94	4 493,95	4 656,96	4 819,97	4 982,98	
4 483,56	4 662,77	4 841,98	5 021,19	5 200,40	5 379,61	5 558,82	5 738,03
5 039,84	5 247,11	5 454,38	5 661,65	5 868,92	6 076,19	6 283,46	6 490,73

2. Bundesbesoldungsordnung B

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	
B 1 B 2	I b	5 738,03 6 805,37
B 3 B 4 B 5 B 6 B 7 B 8 B 9 B 10 B 11	I a	7 119,97 7 593,20 8 136,14 8 648,85 9 147,57 9 667,41 10 312,86 12 317,14 13 447,50

3. Bundesbesoldungsordnung C

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Dienstaltersstufe						
		1	2	3	4	5	6	7
C 1 C 2 C 3	I b	2 782,19 2 789,97 3 153,14	2 907,91 2 990,30 3 379,95	3 033,63 3 190,63 3 606,76	3 159,35 3 390,96 3 833,57	3 285,07 3 591,29 4 060,38	3 410,79 3 791,62 4 287,19	3 536,51 3 991,95 4 514,00
C 4	I a	4 083,55	4 311,55	4 539,55	4 767,55	4 995,55	5 223,55	5 451,55

4. Bundesbesoldungsordnung R

Besoldungsgruppe	Ortszuschlag Tarifklasse	Stufe									
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
		Lebensalter									
		31	33	35	37	39	41	43	45	47	49
R 1 R 2	I b	3 604,85 4 217,66	3 860,88 4 473,69	4 116,91 4 729,72	4 372,94 4 985,75	4 628,97 5 241,78	4 885,00 5 497,81	5 141,03 5 753,84	5 397,06 6 009,87	5 653,09 6 265,90	5 909,12 6 521,93

R 3 R 4 R 5 R 6 R 7 R 8 R 9 R 10	I a	7 119,97 7 593,20 8 136,14 8 648,85 9 147,57 9 667,41 10 312,86 12 888,52
---	-----	--

8	9	10	11	12	13	14	15
3 662,23	3 787,95	3 913,67	4 039,39	4 165,11	4 290,83	4 416,55	
4 192,28	4 392,61	4 592,94	4 793,27	4 993,60	5 193,93	5 394,26	5 594,59
4 740,81	4 967,62	5 194,43	5 421,24	5 648,05	5 874,86	6 101,67	6 328,48
5 679,55	5 907,55	6 135,55	6 363,55	6 591,55	6 819,55	7 047,55	7 275,55

Anlage 2

(Anlage V des BBesG)

Ortszuschlag
(Monatsbeträge in DM)

Tarifklasse	Zu der Tarifklasse gehörende Besoldungsgruppen	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3 1 Kind
I a	B 3 bis B 11 C 4 R 3 bis R 10	877,23	1 017,17	1 136,91
I b	B 1 und B 2 A 13 bis A 16 C 1 bis C 3 R 1 und R 2	740,02	879,96	999,70
I c	A 9 bis A 12	657,68	797,62	917,36
II	A 1 bis A 8	619,54	752,80	872,54

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Ortszuschlag für jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 119,74 DM.

In Tarifklasse II erhöht sich der Ortszuschlag ab Stufe 4 für das zweite und jedes weitere zu berücksichtigende Kind in den Besoldungsgruppen A 1 bis A 3 um je 40 DM, in Besoldungsgruppe A 4 um je 30 DM und in Besoldungsgruppe A 5 um je 20 DM. Soweit dadurch im Einzelfall die Besoldung hinter derjenigen aus einer niedrigeren Besoldungsgruppe zurückbleibt, wird der Unterschiedsbetrag zusätzlich gewährt.

Ortszuschlag nach § 39 Abs. 2 Satz 1: Tarifklasse I c 526,14 DM
Tarifklasse II 495,63 DM

Anlage 3 a

(Anlage VI a des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 2)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ...	948	1 138	1 328	1 518	1 708	1 898	2 088	2 278	2 468	2 658	2 848	3 038
A 5 bis A 6 ...	1 082	1 284	1 486	1 688	1 890	2 092	2 294	2 496	2 698	2 900	3 102	3 304
A 7 bis A 8 ...	1 224	1 446	1 668	1 890	2 112	2 334	2 556	2 778	3 000	3 222	3 444	3 666
A 9	1 439	1 678	1 917	2 156	2 395	2 634	2 873	3 112	3 351	3 590	3 829	4 068
A 10	1 629	1 877	2 125	2 373	2 621	2 869	3 117	3 365	3 613	3 861	4 109	4 357
A 11	1 787	2 049	2 311	2 573	2 835	3 097	3 359	3 621	3 883	4 145	4 407	4 669
A 12	1 988	2 265	2 542	2 819	3 096	3 373	3 650	3 927	4 204	4 481	4 758	5 035
A 13	2 185	2 474	2 763	3 052	3 341	3 630	3 919	4 208	4 497	4 786	5 075	5 364
A 14	2 387	2 685	2 983	3 281	3 579	3 877	4 175	4 473	4 771	5 069	5 367	5 665
A 15	2 668	2 991	3 314	3 637	3 960	4 283	4 606	4 929	5 252	5 575	5 898	6 221
A 16 bis B 2 ...	2 853	3 196	3 539	3 882	4 225	4 568	4 911	5 254	5 597	5 940	6 283	6 626
B 3 bis B 4 ...	2 869	3 233	3 597	3 961	4 325	4 689	5 053	5 417	5 781	6 145	6 509	6 873
B 5 bis B 7 ...	3 182	3 585	3 988	4 391	4 794	5 197	5 600	6 003	6 406	6 809	7 212	7 615
B 8 und höher	3 450	3 909	4 368	4 827	5 286	5 745	6 204	6 663	7 122	7 581	8 040	8 499

Anlage 3 b
(Anlage VIb des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 3)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	806	967	1 128	1 289	1 450	1 611	1 772	1 933	2 094	2 255	2 416	2 577
A 5 bis A 6 ..	920	1 092	1 264	1 436	1 608	1 780	1 952	2 124	2 296	2 468	2 640	2 812
A 7 bis A 8 ..	1 040	1 229	1 418	1 607	1 796	1 985	2 174	2 363	2 552	2 741	2 930	3 119
A 9	1 223	1 426	1 629	1 832	2 035	2 238	2 441	2 644	2 847	3 050	3 253	3 456
A 10	1 385	1 596	1 807	2 018	2 229	2 440	2 651	2 862	3 073	3 284	3 495	3 706
A 11	1 519	1 742	1 965	2 188	2 411	2 634	2 857	3 080	3 303	3 526	3 749	3 972
A 12	1 690	1 925	2 160	2 395	2 630	2 865	3 100	3 335	3 570	3 805	4 040	4 275
A 13	1 857	2 103	2 349	2 595	2 841	3 087	3 333	3 579	3 825	4 071	4 317	4 563
A 14	2 029	2 282	2 535	2 788	3 041	3 294	3 547	3 800	4 053	4 306	4 559	4 812
A 15	2 268	2 543	2 818	3 093	3 368	3 643	3 918	4 193	4 468	4 743	5 018	5 293
A 16 bis B 2 ..	2 425	2 717	3 009	3 301	3 593	3 885	4 177	4 469	4 761	5 053	5 345	5 637
B 3 bis B 4 ..	2 439	2 748	3 057	3 366	3 675	3 984	4 293	4 602	4 911	5 220	5 529	5 838
B 5 bis B 7 ..	2 705	3 048	3 391	3 734	4 077	4 420	4 763	5 106	5 449	5 792	6 135	6 478
B 8 und höher	2 933	3 323	3 713	4 103	4 493	4 883	5 273	5 663	6 053	6 443	6 833	7 223

Anlage 3 c
(Anlage VIc des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	664	797	930	1 063	1 196	1 329	1 462	1 595	1 728	1 861	1 994	2 127
A 5 bis A 6 ..	757	898	1 039	1 180	1 321	1 462	1 603	1 744	1 885	2 026	2 167	2 308
A 7 bis A 8 ..	857	1 012	1 167	1 322	1 477	1 632	1 787	1 942	2 097	2 252	2 407	2 562
A 9	1 007	1 174	1 341	1 508	1 675	1 842	2 009	2 176	2 343	2 510	2 677	2 844
A 10	1 140	1 314	1 488	1 662	1 836	2 010	2 184	2 358	2 532	2 706	2 880	3 054
A 11	1 251	1 434	1 617	1 800	1 983	2 166	2 349	2 532	2 715	2 898	3 081	3 264
A 12	1 392	1 586	1 780	1 974	2 168	2 362	2 556	2 750	2 944	3 138	3 332	3 526
A 13	1 530	1 732	1 934	2 136	2 338	2 540	2 742	2 944	3 146	3 348	3 550	3 752
A 14	1 671	1 880	2 089	2 298	2 507	2 716	2 925	3 134	3 343	3 552	3 761	3 970
A 15	1 868	2 094	2 320	2 546	2 772	2 998	3 224	3 450	3 676	3 902	4 128	4 354
A 16 bis B 2 ..	1 997	2 237	2 477	2 717	2 957	3 197	3 437	3 677	3 917	4 157	4 397	4 637
B 3 bis B 4 ..	2 008	2 263	2 518	2 773	3 028	3 283	3 538	3 793	4 048	4 303	4 558	4 813
B 5 bis B 7 ..	2 227	2 509	2 791	3 073	3 355	3 637	3 919	4 201	4 483	4 765	5 047	5 329
B 8 und höher	2 415	2 736	3 057	3 378	3 699	4 020	4 341	4 662	4 983	5 304	5 625	5 946

Anlage 3 d

(Anlage VI d des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft und Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	465	558	651	744	837	930	1 023	1 116	1 209	1 302	1 395	1 488
A 5 bis A 6 ..	530	629	728	827	926	1 025	1 124	1 223	1 322	1 421	1 520	1 619
A 7 bis A 8 ..	600	708	816	924	1 032	1 140	1 248	1 356	1 464	1 572	1 680	1 788
A 9	705	822	939	1 056	1 173	1 290	1 407	1 524	1 641	1 758	1 875	1 992
A 10	798	920	1 042	1 164	1 286	1 408	1 530	1 652	1 774	1 896	2 018	2 140
A 11	876	1 004	1 132	1 260	1 388	1 516	1 644	1 772	1 900	2 028	2 156	2 284
A 12	974	1 110	1 246	1 382	1 518	1 654	1 790	1 926	2 062	2 198	2 334	2 470
A 13	1 071	1 212	1 353	1 494	1 635	1 776	1 917	2 058	2 199	2 340	2 481	2 622
A 14	1 170	1 316	1 462	1 608	1 754	1 900	2 046	2 192	2 338	2 484	2 630	2 776
A 15	1 308	1 466	1 624	1 782	1 940	2 098	2 256	2 414	2 572	2 730	2 888	3 046
A 16 bis B 2 ..	1 398	1 566	1 734	1 902	2 070	2 238	2 406	2 574	2 742	2 910	3 078	3 246
B 3 bis B 4 ..	1 406	1 584	1 762	1 940	2 118	2 296	2 474	2 652	2 830	3 008	3 186	3 364
B 5 bis B 7 ..	1 559	1 756	1 953	2 150	2 347	2 544	2 741	2 938	3 135	3 332	3 529	3 726
B 8 und höher	1 691	1 916	2 141	2 366	2 591	2 816	3 041	3 266	3 491	3 716	3 941	4 166

Anlage 3 e

(Anlage VI e des BBesG)

Auslandszuschlag (§ 55 Abs. 4)

— Gemeinschaftsunterkunft oder Gemeinschaftsverpflegung —
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 1 bis A 4 ..	564	677	790	903	1 016	1 129	1 242	1 355	1 468	1 581	1 694	1 807
A 5 bis A 6 ..	643	763	883	1 003	1 123	1 243	1 363	1 483	1 603	1 723	1 843	1 963
A 7 bis A 8 ..	728	860	992	1 124	1 256	1 388	1 520	1 652	1 784	1 916	2 048	2 180
A 9	856	998	1 140	1 282	1 424	1 566	1 708	1 850	1 992	2 134	2 276	2 418
A 10	969	1 117	1 265	1 413	1 561	1 709	1 857	2 005	2 153	2 301	2 449	2 597
A 11	1 063	1 219	1 375	1 531	1 687	1 843	1 999	2 155	2 311	2 467	2 623	2 779
A 12	1 183	1 348	1 513	1 678	1 843	2 008	2 173	2 338	2 503	2 668	2 833	2 998
A 13	1 301	1 473	1 645	1 817	1 989	2 161	2 333	2 505	2 677	2 849	3 021	3 193
A 14	1 420	1 598	1 776	1 954	2 132	2 310	2 488	2 666	2 844	3 022	3 200	3 378
A 15	1 588	1 780	1 972	2 164	2 356	2 548	2 740	2 932	3 124	3 316	3 508	3 700
A 16 bis B 2 ..	1 697	1 901	2 105	2 309	2 513	2 717	2 921	3 125	3 329	3 533	3 737	3 941
B 3 bis B 4 ..	1 707	1 924	2 141	2 358	2 575	2 792	3 009	3 226	3 443	3 660	3 877	4 094
B 5 bis B 7 ..	1 893	2 133	2 373	2 613	2 853	3 093	3 333	3 573	3 813	4 053	4 293	4 533
B 8 und höher	2 053	2 326	2 599	2 872	3 145	3 418	3 691	3 964	4 237	4 510	4 783	5 056

Anlage 3f
(Anlage VI f des BBesG)

Auslandskinderzuschlag (§ 56)
(Monatsbeträge in DM je Kind)

nach § 56 Abs. 1 Nr. 1													nach § 56 Abs. 1 Nr. 2
Besoldungsgruppe	Stufe des Auslandszuschlages												
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
A 1 bis A 16 B 1 bis B 11	179	205	231	257	283	309	335	361	387	413	439	465	179
Dieser Betrag erhöht sich um Beträge in Höhe des Kindergeldes, das nach dem Bundeskindergeldgesetz zustehen würde.													

Anlage 4

(Anlage VII des BBesG)

**Zulage für die Beamten in der Ständigen
Vertretung der Bundesrepublik Deutschland
bei der Deutschen Demokratischen Republik**
(Monatsbeträge in DM)

Besoldungsgruppe	Stufe 1 (verheiratete Beamte mit gemeinsamem Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung)	Stufe 2 (sonstige Beamte)
A 1 bis A 4	1 210	1 068
A 5 bis A 6	1 355	1 164
A 7 bis A 8	1 518	1 315
A 9	1 740	1 467
A 10	1 929	1 625
A 11	2 094	1 745
A 12	2 304	1 895
A 13	2 502	2 062
A 14	2 697	2 234
A 15	2 993	2 451
A 16	3 194	2 569
B 3	3 243	2 569
B 6	3 585	2 746
B 9 und höher	3 926	2 921

Zur Stufe 2 gehören auch verheiratete Beamte, die mit ihrem Ehegatten keinen gemeinsamen Wohnsitz im Amtsbereich der Ständigen Vertretung haben oder deren Ehegatte ebenfalls einen Anspruch nach § 45 oder entsprechenden für Arbeitnehmer geltenden Regelungen hat.

Die Zulage erhöht sich für jedes Kind um 50 Deutsche Mark, für das dem Beamten Kindergeld nach dem Bundeskindergeldgesetz zusteht oder ohne Berücksichtigung des § 3 oder § 8 des Bundeskindergeldgesetzes zustehen würde und das sich nicht nur vorübergehend im Haushalt des Beamten aufhält. Der Erhöhungsbetrag wird für jedes Kind nur einmal gezahlt.

Anlage 5

(Anlage VIII des BBesG)

Anwärtergrundbetrag**Anwärterverheiratetenzuschlag**

(Monatsbeträge in DM)

1. Für Anwärter, die vor dem 1. Januar 1982 eingestellt worden sind:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	931	1 044	296	98
A 5 bis A 8	1 115	1 274	341	98
A 9 bis A 11	1 315	1 499	394	98
A 12	1 682	1 895	432	98
A 13	1 744	1 959	440	98
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 806	2 028	447	98

2. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1981 und vor dem 1. Januar 1984 eingestellt worden sind:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	877	987	281	94
A 5 bis A 8	1 051	1 199	324	94
A 9 bis A 11	1 168	1 342	375	94
A 12	1 425	1 619	396	94
A 13	1 477	1 679	410	94
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 527	1 738	424	94

3. Für Anwärter, die nach dem 31. Dezember 1983 eingestellt worden sind:

Eingangsamtsamt, in das der Anwärter nach Abschluß des Vorbereitungsdienstes unmittelbar eintritt	Grundbetrag		Verheiratetenzuschlag	
	vor Vollendung des 26. Lebensjahres	nach Vollendung des 26. Lebensjahres	nach § 62 Abs. 1	nach § 62 Abs. 2
A 1 bis A 4	877	987	281	94
A 5 bis A 8	1 051	1 199	324	94
A 9 bis A 11	1 129	1 297	375	94
A 12	1 331	1 511	396	94
A 13	1 377	1 565	410	94
A 13 + Zulage (Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe d der Vorbemerkungen zu den Bundesbesoldungsordnungen A und B) oder R 1	1 425	1 622	424	94

Anlage 6
 (Anlage IX des BBesG)

Amtszulagen, Stellenzulagen, Zulagen, Vergütungen
 (Monatsbeträge)

– in der Reihenfolge der Gesetzesstellen –

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil	Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Bundesbesoldungsgesetz		für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
§ 44	bis zu 150,00	des mittleren Dienstes	150,00
§ 48 Abs. 2	bis zu 100,00	des gehobenen Dienstes	200,00
§ 50 a	100,00	des höheren Dienstes	250,00
§ 78	bis zu 150,00		
Bundesbesoldungsordnungen A und B		Nummer 8 a	
Vorbemerkungen		Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	
Nummer 2 Abs. 2	250,00	A 1 bis A 5	110,00
Nummer 4	50,00	A 6 bis A 9	150,00
Nummer 5 Abs. 1 Buchstabe a	bis zu 80,00	A 10 bis A 13	185,00
Buchstabe b	bis zu 50,00	A 14 und höher	220,00
Nummer 6 Abs. 1 Buchstabe a	450,00	für Anwärter der Laufbahn- gruppe	
Buchstabe b	360,00	des mittleren Dienstes	80,00
Buchstabe c	288,00	des gehobenen Dienstes	105,00
Nummer 6 a	120,00	des höheren Dienstes	130,00
Nummer 7		Nummer 9	
Die Zulage beträgt für die Beamten und Soldaten der Besoldungsgruppen	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungs- gruppe *)	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 1 bis A 5	A 5	von einem Jahr	60,00
A 6 bis A 9	A 9	von zwei Jahren	120,00
A 10 bis A 13	A 13	Nummer 10 Abs. 1	
A 14, A 15, B 1	A 15	Die Zulage beträgt nach einer Dienstzeit	
A 16, B 2 bis B 4	B 3	von einem Jahr	60,00
B 5 bis B 7	B 6	von zwei Jahren	120,00
B 8 bis B 10	B 9	Nummer 11	
B 11	B 11	$\frac{1}{2}$ des Grund- gehalts und des Ortszuschlags *)	
Nummer 8 Abs. 1		Nummer 12	90,00
Die Zulage beträgt für die Beamten der Besoldungs- gruppen		Nummer 13 a	bis zu 150,00
A 1 bis A 5	200,00	Nummer 19 Satz 1	281,28
A 6 bis A 9	275,00	Nummer 23	
A 10 bis A 13	350,00	Absatz 1	87,00
A 14 und höher	425,00	Absatz 2	145,00

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
nach Absatz 3 Satz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 24	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes/für Unteroffiziere	87,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	145,00
nach Absatz 2 ruhegehaltfähig bei Beamten	
des mittleren Dienstes/bei Unteroffizieren	67,00
des gehobenen Dienstes/für Offiziere bis zur Besoldungsgruppe A 12	100,00
Nummer 25 Abs. 1	100,00
Nummer 26	
Absatz 1	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	67,00
des gehobenen Dienstes	100,00
Absatz 2	
Die Zulage beträgt für Beamte	
des mittleren Dienstes	20,00
des gehobenen Dienstes	45,00
Nummer 27 Abs. 1 Buchstabe a	67,00
Buchstabe b	67,00
Buchstabe c	100,00
Buchstabe d	100,00
Nummer 30	145,00
nach Absatz 2 Satz 2 erster Halbsatz ruhegehaltfähig	45,00
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 2	1
	2
A 3	1, 2
A 4	1, 2
A 5	3, 4
	5
A 7	2
	3
A 8	2
	3

Dem Grunde nach geregelt in	Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
Besoldungsgruppen	Fußnote
A 9	2
	3, 4
A 12	7, 8
A 13	6
	7
A 14	5
A 15	7
B 10	1, 2
Bundesbesoldungsordnung C	
Vorbemerkungen	
Nummer 3	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)
für Beamte der Besoldungsgruppe C 1	A 13
für Beamte der Besoldungsgruppe C 2	A 15
für Beamte der Besoldungsgruppen C 3 und C 4	B 3
Nummer 5	
wenn ein Amt ausgeübt wird	
der Besoldungsgruppe R 1	402,00
der Besoldungsgruppe R 2	450,00
Besoldungsgruppe	Fußnote
C 2	1
Bundesbesoldungsordnung R	
Vorbemerkungen	
Nummer 2	
Die Zulage beträgt	12,5 v. H. des Endgrundgehalts oder, bei festen Gehältern, des Grundgehalts der Besoldungsgruppe *)

*) Nach Maßgabe des Artikels 1 § 5 des Haushaltsstrukturgesetzes

Dem Grunde nach geregelt in		Betrag in Deutscher Mark, Vomhundert, Bruchteil
a) bei Verwendung bei obersten Gerichtshöfen des Bundes für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		R 1
R 2 bis R 4		R 3
R 5 bis R 7		R 6
R 8 bis R 10		R 9
b) bei Verwendung bei obersten Bundesbehörden, der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn oder bei obersten Gerichtshöfen des Bundes, wenn ihnen kein Richteramt übertragen ist, für die Richter und Staatsanwälte der Besoldungsgruppe(n)		
R 1		A 15
R 2 bis R 4		B 3
R 5 bis R 7		B 6
R 8 bis R 10		B 9
Nummer 4		75,00
Besoldungsgruppen	Fußnote	
R 1	1, 2	233,28
R 2	3 bis 8, 10	233,28
R 3	3	233,28
R 8	2	466,50

Achstes Gesetz zur Änderung des Soldatenversorgungsgesetzes

Vom 6. August 1987

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Soldatenversorgungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. März 1987 (BGBl. I S. 842), geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 6. August 1987 (BGBl. I S. 2062), wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
 - a) Folgender Vierter Teil wird eingefügt:

„Vierter Teil
Fürsorgeleistungen an ehemalige Soldaten auf
Zeit bei Arbeitslosigkeit (Arbeitslosenbeihilfe,
Arbeitslosenhilfe) 86 a“.
 - b) Der bisherige „Vierte Teil“ wird „Fünfter Teil“; der bisherige „Fünfte Teil“ wird „Sechster Teil“.
 - c) Dem neuen Fünften Teil wird folgende Nummer 3 angefügt:

„3. Arbeitslosenbeihilfe, Arbeitslosenhilfe ... 88 a“.
 - d) In Nummer 7 des neuen Sechsten Teils wird das Wort „Versorgungsberechtigte“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.
2. In § 5 Abs. 4 Satz 3 werden die Worte „zuletzt gelegen haben“ durch die Worte „zugrunde liegen würden“ ersetzt.
3. In § 5 a Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 werden die Worte „zustehenden Dienstbezüge“ durch die Worte „zustehende Besoldung“ ersetzt.
4. In § 7 Abs. 1 Satz 1 wird das Wort „entlassenen“ durch das Wort „ehemaligen“ ersetzt.
5. § 8 a wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Worte „nach § 7 des Wehrpflichtgesetzes“ durch die Worte „Grundwehrdienstes oder des nach § 7 Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes“ ersetzt.
 - b) In Absatz 2 werden die Worte „Die nach § 7 des Wehrpflichtgesetzes“ durch die Worte „Die Zeit des Grundwehrdienstes oder die nach § 7 Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes“ ersetzt.
 - c) In Absatz 3 Satz 2 werden die Worte „nach § 7 des Wehrpflichtgesetzes“ durch die Worte „Grundwehrdienstes oder des nach § 7 Abs. 1 des Wehrpflichtgesetzes“ ersetzt.

6. § 11 a Abs. 1 wird wie folgt geändert:

a) Folgender Satz 3 wird eingefügt:

„Auf die Ausgleichsbezüge finden die Vorschriften des Bundesbesoldungsgesetzes über den Kaufkraftausgleich entsprechende Anwendung.“

b) Im neuen Satz 4 werden die Worte „mit Hilfe des Eingliederungsscheins begründete“ gestrichen.

7. § 13 a Satz 4 wird wie folgt gefaßt:

„Ein Anspruch auf Erteilung eines Eingliederungsscheins besteht nur, wenn nach Beendigung des früheren Dienstverhältnisses Übergangsgebühren nach § 11 nicht zugestanden haben oder das letzte Dienstverhältnis nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von zwölf oder mehr Jahren geendet hat.“

8. § 55 c Abs. 4 wird wie folgt gefaßt:

„(4) Ein Unterhaltsbeitrag nach § 43 dieses Gesetzes in Verbindung mit § 22 Abs. 2 oder 3 des Beamtenversorgungsgesetzes wird nicht gekürzt.“

9. In § 77 a Abs. 3 werden die Worte „§ 42 Satz 1 und 2“ durch die Worte „§ 42 Satz 1 und 3“ ersetzt.

10. Nach § 86 wird folgender Vierter Teil eingefügt:

„Vierter Teil

Fürsorgeleistungen an ehemalige Soldaten auf
Zeit bei Arbeitslosigkeit
(Arbeitslosenbeihilfe, Arbeitslosenhilfe)

§ 86 a

(1) Ehemalige Soldaten auf Zeit, die nach Beendigung einer Wehrdienstzeit von mindestens zwei Jahren arbeitslos sind, erhalten eine Arbeitslosenbeihilfe. Auf die Arbeitslosenbeihilfe sind die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes, des Einkommensteuergesetzes und sonstiger Gesetze über das Arbeitslosengeld und für die Empfänger dieser Leistung mit folgenden Maßgaben entsprechend anzuwenden:

1. Für den Anspruch auf Arbeitslosenbeihilfe steht die Wehrdienstzeit als Soldat auf Zeit einschließlich der nach § 40 Abs. 4 des Soldatengesetzes eingerechneten Wehrdienstzeiten einer die Beitragspflicht begründenden Beschäftigungszeit gleich.
2. Die Dauer des Anspruchs auf Arbeitslosenbeihilfe mindert sich um die Zahl von Tagen (§ 114 Satz 1 des Arbeitsförderungsgesetzes), die auf den Zeitraum entfallen, für den Übergangsgebühren laufend oder in einer Summe gewährt werden. Für Soldaten auf Zeit mit einer Wehrdienstzeit von zwei Jahren wird der Anspruch auf Arbeitslosenbeihilfe auf 156 Tage begrenzt.
3. Bei der Feststellung des für die Bemessung der Arbeitslosenbeihilfe maßgebenden Arbeitsentgelts sind für die Wehrdienstzeit im Sinne der Nummer 1 die Dienstbezüge zugrunde zu legen.
4. Bei der Anwendung des § 118 des Arbeitsförderungsgesetzes steht der Anspruch auf Übergangs-

gebühren den dort in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 genannten Ansprüchen gleich. Dies gilt auch für einen Zeitraum, für den Übergangsgebühren in einer Summe gewährt werden.

5. Der Anspruch auf Arbeitslosenbeihilfe ruht während des Zeitraums, für den der Arbeitslose die Voraussetzungen für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld erfüllt oder nur deshalb nicht erfüllt, weil er Arbeitslosengeld nicht beantragt hat.
6. Der Bezug von Arbeitslosenbeihilfe begründet keinen Anspruch auf Förderung der beruflichen Bildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz.

(2) Ehemalige Soldaten auf Zeit, die nach Beendigung einer Wehrdienstzeit von mindestens zwei Jahren arbeitslos sind, erhalten eine Arbeitslosenhilfe. Auf die Arbeitslosenhilfe sind die Vorschriften des Arbeitsförderungsgesetzes, der Reichsversicherungsordnung, des Angestelltenversicherungsgesetzes, des Reichsknappschaftsgesetzes, des Einkommensteuergesetzes und sonstiger Gesetze über die Arbeitslosenhilfe und für die Empfänger dieser Leistung mit folgenden Maßgaben entsprechend anzuwenden:

1. Der Bezug von Arbeitslosenbeihilfe und Übergangsgebühren steht dem Bezug von Arbeitslosengeld gleich, wenn die Voraussetzung des § 134 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe a des Arbeitsförderungsgesetzes sonst nicht erfüllt ist.
2. Der Bezug von Arbeitslosenhilfe nach diesem Gesetz begründet keinen Anspruch auf Förderung der beruflichen Bildung nach dem Arbeitsförderungsgesetz.

Absatz 1 Nr. 3 gilt entsprechend.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, wenn ein Soldat auf Zeit ohne Anspruch auf Versorgung mit Ausnahme der Beschädigtenversorgung aus dem Dienstverhältnis ausgeschieden oder wenn dieser Anspruch später aus einem anderen Grunde als dem des Ablaufs des Anspruchszeitraums weggefallen ist.“

11. Der bisherige „Vierte Teil“ wird „Fünfter Teil“; der bisherige „Fünfte Teil“ wird „Sechster Teil“.

12. Dem neuen Fünften Teil werden nach § 88 folgende Überschrift und folgender § 88 a angefügt:

„3. Arbeitslosenbeihilfe, Arbeitslosenhilfe

§ 88 a

(1) Mehraufwendungen, die der Bundesanstalt für Arbeit durch die Gewährung der Arbeitslosenbeihilfe (§ 86 a Abs. 1) entstehen, erstattet der Bund. Verwaltungskosten werden nicht erstattet.

(2) Für einen ehemaligen Soldaten auf Zeit, der seinen Wohnsitz oder ständigen Aufenthalt im Land Berlin hat, ist für Entscheidungen nach § 86 a das Arbeitsamt zuständig, in dessen Bezirk der Antragsteller im Geltungsbereich dieses Gesetzes seinen letzten Wohnsitz hatte.

(3) Für Streitigkeiten in Angelegenheiten des § 86 a ist, wenn keine örtliche Zuständigkeit im Geltungsbereich dieses Gesetzes nach § 57 des Sozialge-

richtsgesetzes besteht, örtlich zuständig das Sozialgericht Braunschweig.“

13. In § 89 a wird die Anführung „ , 11 a“ gestrichen; folgender Satz 2 wird angefügt:

„Zu den Dienstbezügen im Sinne des § 11 a Abs. 1 Satz 2 gehören auch Amtszulagen und die Stellenzulage nach der Nummer 27 der Vorbemerkungen zu den Besoldungsordnungen A und B des Bundesbesoldungsgesetzes.“

14. § 92 wird wie folgt geändert:

a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Gesetzes“ die Worte „mit Ausnahme des Vierten Teils“ eingefügt.

b) Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

„(2) Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Verteidigung allgemeine Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des Vierten Teils dieses Gesetzes erlassen.“

c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3.

15. In der Überschrift vor § 95 wird das Wort „Versorgungsberechtigte“ durch das Wort „Leistungsberechtigte“ ersetzt.

Artikel 2

Übergangsvorschrift

Hat sich der ehemalige Soldat auf Zeit innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes nach Artikel 3 Abs. 1 beim zuständigen Arbeitsamt persönlich für eine Zeit nach dem 31. Dezember 1986 arbeitslos gemeldet und Leistungen nach § 86 a des Soldatenversorgungsgesetzes beantragt, so gelten diese Anspruchsvoraussetzungen des Arbeitsförderungsgesetzes vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit an als erfüllt; die Voraussetzungen des § 103 Abs. 1 des Arbeitsförderungsgesetzes, deren Erfüllung von einer Entscheidung des Arbeitslosen abhängt, gelten als erfüllt, soweit der Arbeitslose darlegt, daß er diese Voraussetzungen bei Kenntnis dieses Gesetzes erfüllt hätte.

Artikel 3

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt, soweit im Folgenden nichts anderes bestimmt ist, am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Artikel 1 Nr. 1, 10 bis 12, 14 und 15 sowie Artikel 2 treten mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 6. August 1987

Für den Bundespräsidenten
Der Präsident des Bundesrates
Wallmann

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister des Innern
Dr. Zimmermann

Der Bundesminister der Verteidigung
Dr. Wörner

Der Bundesminister der Finanzen
Stoltenberg

Für den Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Der Bundesminister
für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Rita Süßmuth

**Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Einführung der Verordnung
über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein,
ihre Ausdehnung auf die übrigen Bundeswasserstraßen
und zur Änderung weiterer Vorschriften**

Vom 5. August 1987

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Nr. 6, Abs. 6 des Binnenschiffahrtsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. August 1986 (BGBl. I S. 1270) wird verordnet:

§ 1

**Änderung der Verordnung zur Einführung
der Verordnung über die Erteilung
von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein**

Die Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein vom 23. Dezember 1964 (BGBl. II S. 2010), zuletzt geändert durch Artikel 14 Abs. 2 der Verordnung vom 26. März 1976 (BGBl. I S. 757), wird wie folgt geändert:

1. Die Artikel 2 bis 5 erhalten folgende Fassung:

„Artikel 2

Anwendungsbereich

(1) Die Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein in der anliegenden Fassung gilt auch auf den übrigen in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Binnenschiffahrtsgesetzes bezeichneten Wasserstraßen mit Ausnahme der Donau.

(2) Die Bestimmungen dieser Verordnung gelten nicht für Seeschiffe auf Seeschiffsstraßen.

(3) Unberührt bleibt die Befugnis des Landes Hamburg, das Führen solcher Fahrzeuge zu regeln, die ausschließlich zur Verwendung im Hamburger Hafen bestimmt sind.

Artikel 3

Zuständige Behörden

(1) Für die Erteilung (§ 2 Nr. 2) und die Entziehung (§ 7) von Radarschiffer-Zeugnissen sind die Wasser- und Schifffahrtsdirektionen West und Südwest zuständig. Bei Bedarf kann der Bundesminister für Verkehr auch die anderen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen hiermit beauftragen.

(2) Für die Erteilung des besonderen Radarschiffer-Zeugnisses für die Führer von Fähren (§ 8) ist das für den Heimatort der Fähre zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt zuständig, wenn auf Antrag des Bewerbers der praktische Teil der Prüfung auf einer Fähre, die der Bewerber mit Hilfe eines Radargerätes führen will, abgehalten werden soll.

(3) Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Südwest ist zuständig für die Anerkennung der Zeugnisse, deren Vorlage den Bewerber nach § 3 Nr. 5 von der Radar-

schifferprüfung befreit. Die als gleichwertig anerkannten Zeugnisse werden im Verkehrsblatt bekanntgegeben.

Artikel 4

Abnahme der Radarschifferprüfung

(1) Zur Abnahme der Radarschifferprüfung werden bei den Wasser- und Schifffahrtsdirektionen West und Südwest, im Fall des Artikels 3 Abs. 1 Satz 2 auch bei den anderen Wasser- und Schifffahrtsdirektionen, Prüfungsausschüsse (§ 4) gebildet.

(2) Zur Abnahme der Radarschifferprüfung für die Führung von Fähren bei einem Wasser- und Schifffahrtsamt wird bei Bedarf ein Prüfungsausschuß gebildet. Der praktische Teil der Prüfung auf einer Fähre wird von einem zum Prüfungsausschuß gehörenden Beisitzer abgenommen.

(3) Den Vorsitz in den Prüfungsausschüssen führt ein Beamter der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes. Die Prüfungsausschüsse beschließen mit Stimmenmehrheit.

(4) Besteht ein Bewerber die Radarschifferprüfung nicht, so kann der Prüfungsausschuß die Wiederholung der Prüfung (§ 3 Nr. 4) von der Erfüllung von Auflagen abhängig machen.

Artikel 5

Besondere Radarschiffer-Zeugnisse
für die Führer von Fähren

(1) Bewerber um das besondere Radarschiffer-Zeugnis für die Führung von Fähren (§ 8) müssen die Voraussetzungen des § 3 erfüllen, jedoch sind außer den Inhabern des Rheinschifferpatents oder des nach der Binnenschifferpatentverordnung erteilten oder weiter geltenden Schifferpatents auch die Inhaber des Führerscheins und die Bewerber, die mindestens ein Jahr als Fährgelhilfe auf einer Fähre mit Radargerät gefahren sind, von dem Nachweis nach § 3 Abs. 1 Buchstabe b befreit.

(2) Die Prüfung beschränkt sich im praktischen Teil auf Prüfungsgegenstände, die die Bewerber zum Führen derjenigen Fähren beherrschen müssen, für welche sie das Zeugnis beantragen. Das zuständige Wasser- und Schifffahrtsamt setzt die Prüfungsgegenstände unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse fest.

(3) Außerhalb des Rheins sind Bewerber nach Absatz 1 von der Prüfung nach § 3 Nr. 1 Buchstabe c befreit, wenn sie bis zum 1. Oktober 1989 der örtlich

zuständigen Wasser- und Schifffahrtsdirektion nachweisen, daß sie am 1. April 1988 die Fähre oder die Fähren, für die das Zeugnis gelten soll, mindestens ein Jahr mit Hilfe eines Radargeräts geführt haben.“

2. Artikel 6 wird aufgehoben.

§ 2

Änderung weiterer Vorschriften

(1) Die Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein (Anlage zur Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Erteilung von Radarschiffer-Zeugnissen für den Rhein) vom 23. Dezember 1964 (BGBl. II S. 2010), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. August 1978 (BGBl. I S. 1513), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Worte „15. Juni 1956 (BGBl. II S. 714, 716)“ durch „26. März 1976 (BGBl. I S. 757)“ ersetzt.
2. In § 3 Nr. 1 Buchstabe b wird der 2. Halbsatz „Inhaber des Rheinschifferpatents zur Führung von Fahrzeugen mit eigener Triebkraft sind von diesem Nachweis befreit,“ ersetzt durch „von diesem Nachweis sind befreit Inhaber des Rheinschifferpatents zur Führung von Fahrzeugen mit eigener Triebkraft sowie die Bewerber, die ein gültiges Zeugnis zur Führung von

Fahrzeugen auf den Wasserstraßen eines der Rheinfahrerstaaten oder Belgiens besitzen,“.

(2) Artikel 10 Abs. 2 der Verordnung zur Einführung der Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung vom 1. Mai 1985 (BGBl. I S. 734) erhält folgende Fassung:

„(2) § 6.32 Nr. 1 Satz 1 und Nr. 2 Satz 1 der Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung tritt hinsichtlich eines Zeugnisses am 1. Oktober 1989 in Kraft.“

(3) In § 6.32 Nr. 1 der Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung (Anhang zur Verordnung zur Einführung der Binnenschifffahrtsstraßen-Ordnung) werden die Worte „zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. August 1978 (BGBl. I S. 1513)“ durch die Worte „in ihrer jeweils geltenden Fassung“ ersetzt.

§ 3

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes in Verbindung mit § 11 Abs. 2 des Binnenschifffahrtsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 4

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1987 in Kraft.

Bonn, den 5. August 1987

Der Bundesminister für Verkehr
In Vertretung
Dr. Knittel

**Bekanntmachung
zu § 35 Abs. 4 des Warenzeichengesetzes
Vom 28. Juli 1987**

Auf Grund des § 35 Abs. 4 des Warenzeichengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1968 (BGBl. I S. 1, 29), eingefügt durch Artikel 2 Abs. 1 Nr. 10 des Gesetzes vom 15. August 1986 (BGBl. I S. 1446), wird bekanntgemacht, daß im Verhältnis zu

Brasilien,
Liechtenstein,
Marokko,
der Sowjetunion,
der Tschechoslowakei,
Vietnam

Gegenseitigkeit bei der Gewährung der Priorität für Dienstleistungsmarken besteht.

Bonn, den 28. Juli 1987

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung des Staatssekretärs
Krieger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der in Artikel 11 Abs. 1
des Zweiten Seerechtsänderungsgesetzes
genannten Vorschriften**

Vom 30. Juli 1987

Das Übereinkommen vom 19. November 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 1986 II S. 786) tritt für die Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1987 in Kraft (BGBl. 1987 II S. 407).

Nach Artikel 11 Abs. 3 des Zweiten Seerechtsänderungsgesetzes vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1120) wird bekanntgegeben, daß die in Artikel 11 Abs. 1 des Gesetzes genannten Vorschriften ebenfalls

am 1. September 1987

in Kraft treten.

Bonn, den 30. Juli 1987

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung des Staatssekretärs
Krieger

**Bekanntmachung
über das Inkrafttreten der Seerechtlichen Verteilungsordnung
Vom 30. Juli 1987**

Das Übereinkommen vom 19. November 1976 über die Beschränkung der Haftung für Seeforderungen (BGBl. 1986 II S. 786) tritt für die Bundesrepublik Deutschland am 1. September 1987 in Kraft (BGBl. 1987 II S. 407).

Nach § 40 Abs. 2 der Seerechtlichen Verteilungsordnung vom 25. Juli 1986 (BGBl. I S. 1130) wird bekanntgegeben, daß die Seerechtliche Verteilungsordnung ebenfalls

am 1. September 1987

in Kraft tritt.

Bonn, den 30. Juli 1987

Der Bundesminister der Justiz
In Vertretung des Staatssekretärs
Krieger

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz – Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. – Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn.

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze, Verordnungen und sonstige Veröffentlichungen von wesentlicher Bedeutung.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

- a) völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,
- b) Zolltarifvorschriften.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (02 28) 3 82 08 - 0.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 62,80 DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,97 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Juli 1987 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postgirokonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 4,74 DM (3,94 DM zuzüglich 0,80 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 5,54 DM.

Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. · Postfach 13 20 · 5300 Bonn 1

Postvertriebsstück · Z 5702 A · Gebühr bezahlt

**Bekanntmachung
des Termins der Ausgabe der Gedenkmünze
750-Jahr-Feier Berlins im Bundesgebiet**

Vom 5. August 1987

Die aus Anlaß der 750-Jahr-Feier Berlins im Jahre 1987
geprägte Bundesmünze im Nennwert von 10 Deutschen
Mark (s. Bekanntmachung vom 11. April 1987, BGBl. I
S. 1159/BAz. S. 4278) wird im Bundesgebiet

ab 9. September 1987

in den Verkehr gebracht.

Bonn, den 5. August 1987

Der Bundesminister der Finanzen
Im Auftrag
Dr. Oltmann